

Region

Hackerattacken verursachen höhere Kosten als Naturkatastrophen

Swiss Cyber Security Days in Bern Nichts weniger als die globale Stabilität stehe auf dem Spiel: Wer am internationalen Anlass teilnimmt, bekommt wenig Beruhigendes zu hören.

Michael Bucher

Die Hallen auf dem Bernexpo-Gelände verbinden Bernerinnen und Berner für gewöhnlich mit der BEA. Diese althergebrachte Publikumsmesse, wo es von Gartenmöbeln bis zu Ponys allerhand zu begutachten gibt.

Am Dienstag könnte der Kontrast dazu kaum grösser sein. Punkt 9 Uhr strömen die ersten Leute in die Ausstellungshalle. Vor allem Männer in Sakkos und mit umgehängtem Badge prägen das Bild. Schnell wird klar: Man spricht Englisch oder präziser gesagt: IT-Englisch. Cybersecurity ist das Schlagwort der Stunde.

Es ist der Auftakt zu den zweitägigen Swiss Cyber Security Days. Diese fanden in den vergangenen vier Jahren in Freiburg statt. Auf dieses Jahr hin hat die Bernexpo den internationalen Anlass nach Bern geholt. The Capital City also. Dort, wo ein Anlass dieser Grösse und Wichtigkeit hingehört. Das betonen die Verantwortlichen an diesem Morgen immer wieder. «In Freiburg kam der Anlass jeweils etwas niedriger rüber», meint ein Aussteller. Doch das hier – sein Blick schweift über die Halle – das sei schon eine Nummer grösser.

Am Morgen ist der Menschenauflauf allerdings noch bescheiden. «IT-Leute sind eben keine Frühaufsteher», witzelt ein weiterer Standbetreiber. Etwas über 100 Aussteller haben sich in den Hallen breitgemacht. Es dominieren Firmen, die sich in irgendeiner Form für die Sicherheit im virtuellen Raum engagieren, aber auch die Forschung ist vertreten, etwa mit der Berner Fachhochschule. Sogar die Schweizer Armee hat einen Stand und gibt Einblicke in ihre Cyberabwehr.

Die alarmierenden Zahlen

Eine «Plattform zum Wissensaustausch» soll der Anlass laut Organisatoren sein. Nicht wenige dürften sich zudem neue Kundenschaft erhoffen. Oder dafür sorgen, dass man überhaupt wahrgenommen wird in der Szene. Dementsprechend begehrt sind auch Medienschaffende. Der «Media Badge» wirkt wie ein Magnet. Hier wird eine Broschüre verteilt, da auf einen jungen Studenten hingewiesen, der einen



Zum ersten Mal finden die Swiss Cyber Security Days dieses Jahr in Bern statt. Fotos: Nicole Philipp

Preis in Sachen Abwehr von Cyberattacken gewonnen hat.

Lauscht man den vielen Referaten – oder Keynote Speeches, wie es hier heisst –, so graut einem etwas vor der Zukunft. Gerade was Hackerangriffe angeht. Diese nehmen exponentiell zu. Von dieser Entwicklung ist auch die Schweiz nicht ausgenommen. Gemäss dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit des Bundes sind 2022 hierzulande rund 34'000 Meldungen zu Cyberfällen eingegangen – dreimal so viele wie noch 2020.

Global betrachtet, sind die Zahlen, die unter Experten herumgereicht werden, noch be-



Programmdirektor Nicolas Mayencourt sieht punkto Cybersicherheit noch viel Aufholbedarf.

ruhigender. Für 2025 wird eine weltweite Schadenssumme durch Cyberattacken von gegen 11 Billionen Franken prognostiziert. Das wären rund 40-mal höhere Kosten, als Naturkatastrophen im Jahr 2022 weltweit verursacht haben.

Drastische Worte findet auch Nicolas Mayencourt, der Programmdirektor der Swiss Cyber Security Days. Nichts weniger als die «globale Stabilität» stehe auf dem Spiel, meint er in seiner Eröffnungsrede. Der Geschäftsführer und Gründer des IT-Sicherheitsunternehmens Dreamlab Technologies mit Sitz im Berner Monbijouquartier ist seit Jahren ein unentwegter Mahner. Er spricht von einem Scheideweg, an dem man stehe. Von einer Dystopie, die abgewendet werden müsse. Viele Firmen und Verwaltungen seien sich noch immer zu wenig bewusst, wie viele Gefahren im Cyberraum lauern.

Fakt ist: Vor Hackern ist niemand sicher. Und sie greifen dort an, wo es am einfachsten geht. Das können Verwaltungen oder Firmen sein, aber auch Spitäler und Schulen. Je sensibler die Daten, desto besser. Das Ziel der Angreifer ist in den meisten Fällen das gleiche: Lösegeld erpressen. Dazu verschlüsseln die Hacker

die Daten der Opfer. Wer für die Entschlüsselung nicht zahlt, dessen Daten werden im Darknet veröffentlicht.

ETH, Comparis, Rotes Kreuz, Ruag, Zürich-Versicherung, Bundespolizei – dies ist nur eine kleine Aufzählung von Unternehmen und Institutionen, welche in der jüngeren Vergangenheit gehackt wurden. Auch kleinere Gemeinden können Opfer werden. So legten Hacker Ende letzten Jahres etwa die Verwaltungsinformatik der Gemeinde Zollikofen lahm.

Von Zollikofen zum FBI: Sogar die US-Bundespolizei ist zu Gast in Bern. Dies in Gestalt von



Von Bern nach Washington: Elisa Torres, Gründerin und CEO von «Girls in Quantum».

Robert Bohls, seines Zeichens Sektionsleiter der Cyberdivision. Er warnt vor allem vor Desinformationskampagnen, welche Gefahren für Demokratien darstellen könnten. Als Beispiel verweist er auf russische Hacker, welche die US-Präsidentenwahl 2016 mittels Falschinformationen zu beeinflussen versuchten. Der Vormarsch von künstlicher Intelligenz vergrössere diese Problematik zusätzlich.

Der Mangel an Frauen

In dem doch eher männerlastigen Zusammentreffen fällt eine Referentin besonders auf: Elisa Torres. Die erst 18-jährige Chilenin hält einen Vortrag über Quantencomputer. Für Laien ein ungemein komplexes Thema. Das Potenzial dieser Technologie soll jedoch «gigantisch» sein, gerade für die Forschung.

Die junge Frau ist ausserdem Geschäftsführerin der internationalen Initiative «Girls in Quantum», welche es sich zum Ziel setzt, den Frauenanteil in der IT-Welt zu erhöhen. «Ich glaube, viele Frauen schreckt das Thema etwas ab», sagt sie im Gespräch, «doch Programmieren ist etwas vom Spannendsten überhaupt.» Zwei Tage ist sie in Bern. Danach gehts weiter nach Genf und Washington für weitere Vorträge.

Am Nachmittag ist die Halle gut gefüllt. Ein Ypsomed-Mitarbeiter schlendert von Stand zu Stand. Als Vertreter seiner Firma ist er hier, um in Sachen Cybersicherheit «am Puls der Zeit zu sein». Das Medizintechnikunternehmen aus Burgdorf sei bislang zwar von einem Datendiebstahl verschont geblieben, sagt er, doch das könne sich schnell ändern.

Der Spassfaktor dürfte hingegen bei einer NMS-Schulklasse im Vordergrund stehen. Sie scharen sich um einen Stand der jungen Leute von Hacker One. Das Cybersecurity-Unternehmen aus San Francisco zählt unter anderem das US-Verteidigungsministerium zu seiner Kundschaft. Die Gruppe organisiert regelmässig Livehackings, bei denen Hacker etwa Sicherheitslücken bei bekannten Firmen wie Spotify oder Airbnb aufspüren sollen. Für die Gewinner winkt dabei ein «Kopfgeld» in Millionenhöhe. Ganz schön cool. Finden jedenfalls die NMS-Schüler.

Gut 50 Menschen fordern Freilassung von Julian Assange

Demonstration in Bern Es ist eine überschaubare Menge, die sich am Dienstagmittag kurz vor Feierabend auf dem Helvetiaplatz versammelt hat. Rund 50 Personen stehen mit Plakaten, Fahnen und Schildern vor dem Welttelegraphen-Denkmal. Die Piratenpartei, die Digitale Gesellschaft Schweiz und weitere Organisationen, die sich im Bereich Medien- und Meinungsfreiheit engagieren, haben zur Demonstration aufgerufen. Ihr Anliegen: die sofortige Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange.

Seit 2019 befindet sich dieser in Grossbritannien in Haft. Zuvor lebte er sieben Jahre lang in der ecuadorianischen Botschaft in London, wo ihm politisches Asyl gewährt wurde. Der Zeitpunkt der Demo in Bern ist alles andere als zufällig. Diese Woche entscheidet der Londoner High Court, ob Assange in die USA ausgeliefert wird. Die US-Justiz wirft dem Journalisten und Netzaktivisten vor, mit dem Veröffentlichung von geheimen Dokumenten die nationale Sicherheit und damit das Leben von US-Soldatinnen und -Soldaten im Dienst gefährdet zu haben. Ihm drohen 176 Jahre Haft. (gsc)

Schullager werden weiterhin finanziell unterstützt

Kanton Bern Schulklassenlager im Kanton Bern können weiter auf finanzielle Unterstützung zählen. Der Kanton und der Förderfonds der BEKB unterstützen die Lager auch 2024 und 2025 mit je 100'000 Franken pro Jahr, wie sie gestern Dienstag mitteilten.

Die Gelder werden zuhänden des Vereins Chindernetz gesprochen. Dieser kümmert sich seit 2021 um die finanzielle Förderung von Klassenlagern. Hintergrund ist ein Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2017. Seither müssen die Schulen den Lagerbeitrag der Eltern auf die Verpflegungskosten beschränken.

Seit August 2021 werden Lager unterstützt. Seither sind knapp 320'000 Franken für total 1500 Lagertage geflossen. Unterstützung anfordern können Schulen, wenn die Lager gewisse Kriterien auf Basis des Lehrplans 21 erfüllen und sich mit mindestens einem der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auseinandersetzen. (SDA)

641 zusätzliche Wohnungen

Stadt Bern Seit den 1970er-Jahren verzeichnet die Stadt Bern den höchsten Wohnungszuwachs. Im vergangenen Jahr hat der Wohnungsbestand um 641 auf 79'548 Wohnungen zugenommen, wie Statistik Stadt Bern mitteilte.

Rund drei Viertel der zusätzlichen Wohnungen sind Neubauten. Die übrigen entstanden durch Umbauten und Umnutzungen. Noch in Bau waren Ende letzten Jahres 546 Wohnungen in 16 Neubauten. Im Entstehen begriffen waren zudem 425 Wohnungen, die im Zuge von Umbauten oder Umnutzungen entstanden. 187 Wohnungen standen davor, durch Abbruch oder aus anderen Gründen verloren zu gehen. (SDA)

5G-Kritiker reichen in 127 Berner Gemeinden Anzeige ein

Ärger über Mobilfunkantennen 386 Antennen seien rechtswidrig in Betrieb, behaupten zwei Vereine und eine Firma.

Im Kanton Bern sehen sich 127 Standortgemeinden von 5G-Mobilfunkantennen mit einer baupolizeilichen Anzeige konfrontiert. Eingereicht wurden die Anzeigen von den mobilfunkkritischen Vereinen WIR und Gigahertz sowie der Laubscher Plannetzwerk GmbH aus Büren an der Aare.

Sie warnen seit längerem vor Strahlenbelastungen durch Mobilfunkantennen. Im Visier haben sie nun diejenigen Antennen, bei denen die Sendeleistung

ohne Baugesuch und öffentliche Publikation erhöht worden sei. Das teilten die drei Organisationen gestern Dienstag mit.

Antennen laut Kritik illegal

Sie berufen sich auf ein Urteil des bernischen Verwaltungsgerichts vom August 2023, wonach die Sendeleistungserhöhung bei einer sogenannten adaptiven Antenne ein Baugesuch brauche. Im konkreten Fall ging es um eine Antenne in Büren an der Aare. Das Urteil ist laut Communiqué

der Mobilfunkkritiker inzwischen rechtskräftig. Es habe weitreichende Folgen.

Denn allein im Kanton Bern seien deshalb insgesamt 386 Antennen rechtswidrig in Betrieb. Die Liste mit allen Standorten hat ein Mobilfunkkritiker beim Kanton unter Verweis auf das Öffentlichkeitsprinzip eingereicht. Allein in der Stadt Bern sind demnach 75 Antennen betroffen.

Im Serienbrief an die 127 Gemeinden heisst es: «Wie Sie der

Liste entnehmen können, wurden auch in Ihrer Gemeinde adaptive Antennen rechtswidrig ohne Baugesuch und Publikation mit dem Korrekturfaktor eingeschaltet.» Es sei also eine Sendeleistungserhöhung vorgenommen worden.

Strahlung dreimal höher

«Wir fordern Sie als zuständige Baupolizeibehörde auf, in Ihrer Gemeinde (...) für die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes zu sorgen.» Andern-